

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 23.02.2023
Sitzung Nummer:	30 (KT/30/2023)
Sitzungsdauer:	17:00 - 20:42 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Annegret Schwarz
Vorsitzende des Kreistages

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Annegret Schwarz

Mitglieder

Frau Edda Ahrberg	anwesend bis 20.20 Uhr
Herr Arno Bausemer	anwesend bis 20.36 Uhr
Herr Ralf Berlin	anwesend bis 20.15 Uhr
Herr Mario Blasche	
Frau Edith Braun	
Herr Matthias Büttner	
Herr Björn Eckhard Dahlke	anwesend bis 19.50 Uhr
Frau Rosemarie Dizner	
Herr Jürgen Emanuel	
Herr Dr. Marcus Faber	anwesend bis 20.31 Uhr
Herr Dietrich Gehlhar	
Frau Christel Güldenpfennig	
Herr Bernd Hauke	
Herr Jörg Hellmuth	
Frau Carmen Kalkofen	anwesend bis 20.20 Uhr
Herr Hennig von Katte von Lucke	
Frau Juliane Kleemann	anwesend bis 20.36 Uhr
Herr Rüdiger Kloth	
Frau Katrin Kunert	
Herr Peter Ludwig	
Herr Herbert Luksch	
Frau Sandra Matzat	
Frau Doreen Müller	
Herr Dr. rer. nat. Rudolf Opitz	
Herr Bernd Prange	
Frau Carola Radtke	
Herr Günter Rettig	
Herr René Schernikau	
Herr Kevin Schlamann	
Frau Verena Schlüsselburg	anwesend ab 17.37 Uhr
Herr Klaus Schmotz	
Herr Tiemo Schönwald	
Herr Chris Schulenburg	anwesend von 17.24 Uhr bis 19.50 Uhr
Herr Nico Schulz	
Herr Andreas Siegmund	anwesend bis 20.36 Uhr
Herr Ulrich Siegmund	

Herr Stefan Skibbe
Herr Thomas Staudt anwesend bis 20.20 Uhr
Herr Jürgen Teubner
Herr Eike Trumpf anwesend von 17.08 Uhr bis 20.20 Uhr
Herr Thomas Weise
Herr Frank Wiese anwesend bis 20.36 Uhr
Herr Bernd Witt
Frau Sandy Zacharias-Schulz anwesend bis 19.50 Uhr
Herr Jürgen Zielesniak

von der Verwaltung

Herr Thomas Lötsch
Herr Sebastian Stoll

Abwesend:

Mitglieder

Herr Dr. med Jörg Böhme
Herr Andreas Cosmar

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 28. Sitzung des Kreistages Stendal vom 17.11.2022
- 6 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 29. Sitzung des Kreistages Stendal vom 08.12.2022
- 7 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse
- 8 Erhöhung des Zuschusses zum Betrieb der Fähre Ferchland-Grieben
Vorlage: 611/2022
- 9 Zweckvereinbarung zwischen den Landkreisen Altmarkkreis Salzwedel, Jerichower Land und Stendal über die interkommunale Zusammenarbeit zur Errichtung und Unterhaltung des Leitstellenverbundes Sachsen-Anhalt Nord für die Bereiche Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz
Vorlage: 620/2023
- 10 Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ab 2023
Vorlage: 605/2022
- 11 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023
Vorlage: 606/2022
- 11.1 Antrag Fraktion FDP-Bündnis90/Grüne-Landwirte
- Absetzung der Tagesordnungspunkte 10 und 11 -
- 11.2 Änderungsantrag FDP-Bündnis90/Grüne-Landwirte
- Minderung der Gesamtausgaben/Aufwendungen um 5% -
- 11.3 Änderungsantrag CDU-Fraktion
- Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage auf 45 -
- 11.4 Änderungsantrag AfD-Fraktion
- Vollumfängliche Streichung der zusätzlich geplanten Stellen im Sozialamt -

- 11.5 Antrag CDU-Fraktion
- Vorlegen eines Personalentwicklungskonzeptes -
- 11.6 Antrag CDU-Fraktion
- Erstellen einer Vorlage, an welchen freiwilligen Leistungen der Landkreis ab 2023 festhalten kann -
- 11.7 Antrag CDU-Fraktion
- Erstellen eines Entwicklungs- und Strategiekonzeptes für das BIC -
- 12 Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche
Vorlage: 617/2023
- 13 Satzung zur Beleihung von praktizierenden Tierärzten und Fleischkontrolleuren für die Schlachtier-, Fleisch- und Trichinenuntersuchung
Vorlage: 604/2022
- 14 Abstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern für die Jahre 2024 - 2026
Vorlage: 625/2023
- 15 Kosten Beräumung Losse
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 609/2022
- 16 Tarifierungsanpassung der stendalbus GmbH
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 618/2023
- 17 Kreisentwicklungskonzept Landkreis Stendal 2030
Vorlage: 615/2023
- 18 Integrationsrahmenplan des Landkreises Stendal
Vorlage: 616/2023
- 19 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Landrat
Vorlage: 614/2023
- 20 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Landrat
Vorlage: 627/2023
- 21 Aktuelle Debatte - Rekommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge
- Antrag der Fraktion DIE LINKE -
- 22 Aktuelle Debatte - Zuwanderung begrenzen, Probleme mit Nachdruck lösen
- Antrag der AfD-Fraktion -
- 23 Anfragen und Anregungen

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung des Kreistages.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt 2 auf und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Von 49 Mitgliedern des Kreistages sind 43 Mitglieder und der Landrat anwesend.

zu TOP 3 Änderungenanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende schlägt auf Antrag des Landrates vor, den Tagesordnungspunkt 18 abzusetzen

→ **einstimmig beschlossen**

Die Vorsitzende möchte das Rederecht für den Tagesordnungspunkt 10 und 11 an Frau Hoppe, Amtsleitung Amt 20 beantragen.

→ **einstimmig beschlossen**

Die Vorsitzende möchte das Rederecht für den Tagesordnungspunkt 17 an Amtsleitung Herrn Michaelis.

→ **einstimmig beschlossen**

einstimmig beschlossen

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Einwohner 1 richtet folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Wann ergeht Antwort auf schriftlich formulierte Fragen an den Kreistag?
Sind diese Anfragen bekannt?

Der Landrat informiert, dass Anspruch auf Auskunft gegenüber der Kreisverwaltung herrscht. Die Schreiben wurden an die Kreistagsmitglieder weitergeleitet. Die Kreistagsmitglieder müssen auf eingegangene Fragen nicht antworten.

2. Im Januar erfolgte die Auskunftsforderungen gegenüber dem Landrat. Diese wurde bisher nicht beantwortet. Wann erfolgt dies?

Der Landrat informiert, dass die Fragen im Laufe der letzten Woche beantwortet und durch ihn unterschrieben wurden.

3. Dem Landkreis ist 2019 durch das Verwaltungsgericht mitgeteilt worden, dass der Anschlusszwang an die Abfallentsorgung für Bürger die nicht Grundstückseigentümer sind, rechtswidrig ist. Wieso wurde dieser Anschlusszwang trotz Urteil 2020 weitergeführt?

Der Landrat erklärt, dass er sich zu solchen Verfahren nur schriftlich äußert.

Einwohner 2 richtet eine Frage an den Landrat.

Warum wurde die Kreisumlage nach dem ausführlichen Fragenkatalog der Fraktionen für die Gemeinden nicht weiter gesenkt?

Die Vorsitzende erklärt, dass diese Frage Teil der heutigen Sitzung ist und noch nicht beantwortet werden kann.

Einwohner 3 stellt eine Frage zur medizinischen Notfallversorgung in Havelberg.

In Havelberg existiert keine Notfallversorgung mehr. Aus diesem Grund fordern wir ihre Unterstützung, um möglichst schnell eine Notfallversorgung in Havelberg zu etablieren. Ist dies in absehbarer Zeit umsetzbar?

Der Landrat verweist auf den gemeinsamen Termin am 22.02.2023 zwischen dem Verein „Pro Krankenhaus“ und der Salus gGmbH. Somit ist der aktuelle Sachstand bekannt. Einen neueren Sachstand hat er auch nicht.

Frau Braun stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Laut der aktuellen Geschäftsordnung ist es zulässig Fragen zu Tagesordnungspunkten zu stellen, die auf der Tagesordnung stehen. Daher muss die Frage von Einwohner 2 beantwortet werden.

Die Vorsitzende antwortet, dass zunächst die anderen Anfragen beantwortet werden. Die Frage von Einwohner 2 wird dann noch einmal aufgegriffen.

Einwohner 4 richtet folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Wie wird die Erhöhung der Kreisumlage begründet? Der Presse war zu entnehmen, dass die Gemeinden mit dieser Erhöhung handlungsunfähig werden. Gibt es durch die Verwaltung Vorschläge zu Einsparmöglichkeiten bezüglich Baumaßnahmen oder Personal?
2. Ist in der jetzigen Haushaltslage sinnvoll, die „Helen-Keller“ Schule neu zu bauen? Und wenn ja, wird der Landkreis selber bauen oder sich einmieten?
3. Wurde die Anfrage bezüglich Bußgeldern gegenüber Mitarbeitern von ambulanten Pflegediensten (im Dienst) durch die Stadt Stendal an den Landkreis weitergeleitet und geprüft? Wenn ja, wie lautet das Ergebnis? Wäre hier eine Sondergenehmigung möglich?

Der Landrat antwortet zu Frage 1.

Er verweist auf die heutige Sitzung und bereits vorangegangene Ausschüsse. Bezüglich der Kreisumlage bringt er die öffentlich einsehbare Abwägung für die Genehmigung einer Kreisumlage an. Er wird darauf später genauer eingehen. Die Landkreise übernehmen Aufgaben für die Bürger, die die Gemeinden nicht wahrnehmen können. Die Finanzlage der Kreisverwaltung ist kritischer als bei jeder anderen Gemeinde des Landkreises.

Der Landrat antwortet zu Frage 2.

Er verweist bezüglich der Kosten auf den Haushaltsplan der Kreisverwaltung. Daraus ergibt sich, dass der Landkreis selber baut.

Der Landrat antwortet zu Frage 3.

Er bestätigt die Prüfung. Hierbei erfolgte die Prüfung über die Straßenverkehrsordnung. Aus dieser ergibt sich kein Tatbestand, der dies ermöglicht.

Einwohner 2 fragt nochmals nach der Erhöhung der Kreisumlage und der Änderung dieser. Zudem fragt er, ob Änderungsanträge zum Haushalt eingegangen sind.

Der Landrat antwortet, dass sich ein erheblicher Änderungsbetrag im Haushaltsplan durch die Personalkosten ergeben hat. Hier war ein Programmfehler als Ursache zu verzeichnen. Dadurch wurde die Summe um einen Betrag von 3 Millionen Euro dezimiert. Diese wurden aufgeteilt auf die Kreisverwaltung und die Kreisumlage.

Des Weiteren äußert der Landrat, dass bisher ein Änderungsantrag vorliegt. Zum Tagesordnungspunkt selbst können jedoch weitere Anträge gestellt werden. Ob dies erfolgt, bleibt abzuwarten.

Einwohner 5 fragt, ob der Landkreis bezogen auf den Lossauer Forst auf 8.000,00 Euro verzichtet? Wenn ja, warum?

Der Landrat informiert, dass das Ordnungswidrigkeitsverfahren in diesem Fall eingeleitet wurde. Die Beweislast liegt hier beim Landkreis. Diese kann aber nicht erfüllt werden. Ein Gerichtsverfahren würde an dieser Lage nichts ändern. Die Lage entspricht der Mitteilungsvorlage im Tagesordnungspunkt 15 der heutigen Sitzung.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 28. Sitzung des Kreistages Stendal vom 17.11.2022

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 17.11.2022 zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen

mehrheitlich beschlossen

Ja 45 Enthaltung 1

zu TOP 6 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 29. Sitzung des Kreistages Stendal vom 08.12.2022

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 08.12.2022 zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen

einstimmig beschlossen

zu TOP 7 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse

Der Landrat gibt die gefassten Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse bekannt.

Der JHA hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2022 folgende Beschlüsse gefasst:

Zur Drucksache Nr. 576/2022 - Aufnahme einer Tageseinrichtung in die Bedarfsplanung des Landkreises Stendal

Im Vorgriff auf die Fortschreibung der Kita-Bedarfsplanung beschloss der Jugendhilfeausschuss den „Hort an der Freien Schule Elbe-Havel-Land“ in 39524 Kamern mit Wirkung vom 01.11.2022 (= Datum der erteilten Betriebserlaubnis) in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises Stendal aufzunehmen.

Zur Drucksache Nr. 602/2022 - Tageseinrichtungen mit besonderen Bedarfen - Umsetzung des § 23 KiFöG LSA im Landkreis Stendal 2023

beschloss der Jugendhilfeausschuss mehrheitlich die Förderung von Tageseinrichtungen mit besonderen Bedarfen (hier: Umsetzung des § 23 KiFöG LSA) im Landkreis Stendal für das Jahr 2023.

Zur Drucksache Nr. 590/2022 - Förderrichtlinie des Landkreises Stendal für Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (gemäß § 11 - 14 SGB VIII - Ergänzender Beschluss)

Abweichend von der Förderrichtlinie des Landkreises Stendal für Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (DS 297/2016) beschloss der Jugendhilfeausschuss einstimmig:

1. Für nachfolgend benannte Förderbereiche kann die Zuwendung im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel abweichend vom jeweils maximal festgelegten Förderbetrag hinaus in der Kategorie „Betriebs-, Sach- und Honorarkosten“ und in der Kategorie „Personalkosten“ erhöht werden.
2. Die bisherigen prozentualen Förderobergrenzen bei den Personalkosten sowie die Höchstbeträge der Personalkostenförderung ab 2023 werden aufgehoben, sofern Personalkostensteigerungen durch Tarifierhöhungen nachgewiesen werden. Als Referenzjahr für den Wegfall der prozentualen Obergrenze ist das Jahr 2022 zugrunde zu legen.
3. Die festgelegten Obergrenzen in der Kategorie der „Betriebs-Sach- und Honorarkosten“ können überschritten werden, sofern der Bedarf plausibel dargestellt wird.

Förderbereiche

9.1. Jugend-Freizeit-Haus/ Jugendfreizeitzentrum

9.1.5. Zuwendungshöhe

9.2. Jugendclub

9.2.5. Zuwendungshöhe

Weitere Angebote der offenen Jugendarbeit

10.1. Zuwendungshöhe

12. Mobile Angebote der offenen Jugendarbeit

12.2. Zuwendungshöhe

13. Jugendsozialarbeit

13.2. Zuwendungshöhe

Kreis-Kinder- und Jugendring

14.1. Zuwendungshöhe

Zur Drucksache Nr. 591/2022 - Richtlinie über die Gewährung von einmaligen Leistungen in Form von Beihilfen oder Zuschüssen gemäß § 39 Abs. 3 SGB VII und Krankenhilfe gemäß § 40 SGB VIII - 2. Änderung

beschloss der Jugendhilfeausschuss einstimmig:

In der Richtlinie über die Gewährung von einmaligen Leistungen in Form von Beihilfen oder Zuschüssen gemäß § 39 Abs.3 SGB VIII und Krankenhilfe gemäß § 40 SGB VIII (DS 443/2017; zuletzt geändert durch DS 054/2019) wird der **Punkt 2.7.** wie folgt neu gefasst:

2.7. Klassenfahrten/Ausflüge

1. Für mehrtägige Klassenfahrten und /oder eintägige Schulausflüge werden die Kosten in tatsächlicher Höhe übernommen.
2. Für mehrtägige Klassenfahrten werden die Kosten 1x/Schuljahr übernommen.
3. Bei mehrtägigen Klassenfahrten sind ersparte Aufwendungen für die Verpflegung dem Kind als zusätzliches Taschengeld mitzugeben (gilt nur bei Unterbringung in einer stationären Einrichtung der Jugendhilfe)
4. Abweichend von Nummer 1.3 der Richtlinie ist ein Antrag nicht erforderlich. Die Übernahme erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Nachweise. Die Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten sind durch die Schule zu bestätigen.

Diese Regelung tritt am 01.01.2023 in Kraft.

Zur Drucksache Nr. 598/2022 - Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie gemäß § 16 SGB VIII - hier: Förderung des Projektes Familienpaten im Jahr 2022

beschloss der Jugendhilfeausschuss mehrheitlich:

Unter dem Vorbehalt des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird das Angebot „Familienpaten“ für den Zeitraum Januar bis Dezember 2023 entsprechend des vorgelegten Finanzierungsplanes bis zu einer Höhe von bis zu 17.998,- Euro durch den Landkreis Stendal auf der Grundlage des § 16 SGB VIII gefördert.

Zur Drucksache Nr. 599/2022 - Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie gemäß §16 SGB VIII - hier: Förderung der Schreibbabyambulanz

Der Jugendhilfeausschuss beschloss einstimmig:

1. Für die einzelfallbezogenen Leistungen des Angebotes der SchreiBabyAmbulanz (siehe Anlage) sollen aus Mitteln des Landkreises 2023 bis zu 17.840,- Euro eingesetzt werden.
2. Die erforderlichen einzelfallbezogenen Leistungskosten werden durch den Landkreis für Eltern mit Wohnsitz im Landkreis Stendal zu 100 % getragen.
3. Die Mittelbereitstellung soll aus unmittelbaren Haushaltsmitteln des Landkreises, als auch aus Mitteln der Bundesstiftung „Frühe Hilfen“ getragen werden, sofern der Zuwendungsgeber dies zulässt.

Am 10. Januar 2023 hat der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung keine Beschlüsse gefasst.

In seiner Sitzung am 14. Februar fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

Zur Drucksache Nr. 619/2023 - Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2023

beschloss der Jugendhilfeausschuss einstimmig aus den zur Verfügung stehenden HH-Mitteln den anteiligen Mitteleinsatz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2023 in der angesetzten Höhe von 29.735 Euro gemäß der Anlage 2, vorbehaltlich der Bereitstellung der veranschlagten Mittel und des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.

Sollten die in den aufgeführten Positionen eingestellten Mittel nicht ausgeschöpft werden, sind diese für eigene Maßnahmen des Jugendamtes und für Projekte, Maßnahmen und Angebote nach §§ 11 bis 13 SGB VIII entsprechend der Förderrichtlinie für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit bereitzustellen.

Durch den Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss wurden in seiner Sitzung am 12. Januar und am 1. Februar 2023 keine Beschlüsse gefasst.

Durch den Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss sind am 12. Januar 2023 folgende Beschlüsse gefasst worden:

Zur Drucksache Nr. 610/2022 - Einstellung als Sachbearbeiter "Technische Bauaufsicht" im Bauordnungsamt

Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beschloss einstimmig im Einvernehmen mit dem Landrat die Einstellung von

Lars Reimann

wohnhaft in Bismark

als Sachbearbeiter „Technische Bauaufsicht“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt und Eingruppierung in Entgeltgruppe 11 TVöD VKA.

Zur Drucksache Nr. 612/2022 - Vergabe „Beförderungsleistungen im Rahmen der freigestellten Schülerbeförderung für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/2028, beginnend vom 17.08.2023 mit der zweimaligen Option für den Landkreis zur Verlängerung

Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beschloss einstimmig die Erteilung der Zuschläge für weitere drei Lose in dem europaweiten Vergabeverfahren zur Vergabe von Beförderungsleistungen im Rahmen der freigestellten Schülerbeförderung für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/2028 (vgl. Beschlussvorlage DS 589/2022 v. 18.11.2022), beginnend vom 17.08.2023 bis zum 21.07.2028 mit der zweimaligen Option für den Landkreis zur Verlängerung um jeweils ein weiteres Schuljahr, an folgende Unternehmen:

Los 11 wird vergeben an Firma Uta Range zum Tagessatz	270,70 €
Los 18 wird vergeben an Firma Uta Range zum Tagessatz	286,60 €
Los 30 wird vergeben an Firma Uta Range zum Tagessatz	444,50 €

Zur Drucksache Nr. 607/2022 - Vergabe von Bauleistungen der Maßnahme: Sanierung des Gymnasiums "Diesterweg", Lindenstraße 44, 39590 Tangermünde - Los 302 Erweiterter Rohbau

Nach erfolgter Öffentlicher Ausschreibung sowie formeller, Eignungs-, rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wurde einstimmig beschlossen, für die Baumaßnahme Sanierung des Gymnasiums „Diesterweg“ Tangermünde – Los 302 Erweiterter Rohbau der Firma *U. Müller Bauunternehmung in Stendal* den Zuschlag zu erteilen.

Die Auftragssumme beträgt 298.244,12 € (brutto) inklusive angebotenen Preisnachlass von 6,0 %.

Am 1. Februar 2023 wurden keine Beschlüsse durch den KVPA gefasst.

Der Landrat berichtet, dass der Landkreistag zur Resolution zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln geantwortet hat. Er verliest das Antwortschreiben und teilt mit, dass dieses auch an die Mitglieder des Kreistages weitergeleitet wird.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

**zu TOP 8 Erhöhung des Zuschusses zum Betrieb der Fähre Ferchland-Grieben
Vorlage: 611/2022**

Zur Drucksache 611/2022 – Zuschuss zum Betrieb der Fähre Ferchland-Grieben

Der Landrat erläutert, dass aus heutiger Sicht die Zahlung des Zuschusses für die Fähre nicht leistbar wäre. Vor 2 Jahren wurde aber entschieden, dass der Landkreis sich dies leistet. Im Verkehrsausschuss wurde durch die NJL dies ausführlich begründet, sodass eine Erhöhung des Ausgleichsbetrages vertretbar ist. Dieser führt jedoch immer noch nicht zur Kostendeckung der NJL. In den bisherigen Ausschüssen wurde dem jeweils einstimmig zugestimmt. Der Geschäftsführer der NJL erläuterte im Verkehrsausschuss eventuelle Gegenmaßnahmen zur Vorbeugung eines erneuten Zuschussbedarfes. Es besteht für die Kreisverwaltung keine rechtliche Verpflichtung aus dem bisherigen Vertrag. Fakt sei, dass, wenn alle Beteiligten abspringen (Landkreise und Gemeinden), es das Angebot über kurz oder mittelfristig nicht mehr geben wird.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt, daher wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen

Ja 45 Nein 1 Enthaltung 1

**zu TOP 9 Zweckvereinbarung zwischen den Landkreisen Altmarkkreis Salzwedel, Jerichower Land und Stendal über die interkommunale Zusammenarbeit zur Errichtung und Unterhaltung des Leitstellenverbundes Sachsen-Anhalt Nord für die Bereiche Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz
Vorlage: 620/2023**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Stoll erläutert die Zweckvereinbarung ausführlich.

Er informiert weiterhin über die erfolgreiche analoge Anbindung der Leitstelle des Jerichower Landkreises in Burg an die Leitstelle im Landkreis Stendal, sodass auch bei unterbrochener Stromversorgung eine Kommunikation jederzeit möglich wäre.

Es gibt keine weiteren Fragen, daher stellt die Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 10 Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ab 2023
Vorlage: 605/2022**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und teilt mit, dass der Vorstand sich darauf verständigt hat, dass eine gesamtheitliche Beratung der Tagesordnungspunkte 10 und 11 stattfindet, da diese Tagesordnungspunkte zusammenhängen.

Der Landrat führt in die Haushaltslage ausführlich ein.

Er weist auf die möglichen Einsparziele in folgenden Diskussionen hin:

1. Einsparziel von 1,5 Millionen € im laufenden Haushaltsjahr von den jetzt vorgesehenen Ausgaben. Die Haushaltskonsolidierungsgruppe wird weiterhin Sparmöglichkeiten prüfen.
2. Weiterhin werden Prozesse zur Vereinfachung und Digitalisierung von Arbeitsprozessen geprüft. In den Sachgebieten erfolgt die Verpflichtung zum Vorschlag von 2 Digitalisierungsmöglichkeiten bis zum Ende des 2.Quartals, welche dann bis Jahresende umgesetzt werden.
3. Ausweitung des im letzten Jahr eingeführten dezentralen Controllings. Einzelne Ämter und Bereiche müssen stärker zu regelmäßigen Ausgabenkontrollen verpflichtet

und für Einsparmöglichkeiten im Alltag sensibilisiert werden. Sie müssen zur Steuerung dieser Ausgaben befähigt werden. Dafür wird die Arbeit der regelmäßigen Ämtertermine in der Konsolidierungsgruppe auch im Jahr 2023 fortgesetzt.

4. Weiterhin wird die stärkere Kooperation mit anderen Kommunen ausgeweitet.
5. Überprüfung von Ämtern mit hohem Dynamikumfang auch durch externe Dienstleister.
6. Stärkere Einbindung der Kreistagsfraktionen in die Arbeit der Haushaltskonsolidierungsgruppe.
7. Stärkere Einbeziehung von Vergleichsringen (z.B. bei der Jugendhilfe).
8. Prüfung von Verkäufen von Liegenschaften, um Instandhaltungskosten zu minimieren.
9. Überprüfung von ÖPNV und Schülerbeförderung, inwiefern dies kommunal erbracht wird oder in Zusammenarbeit mit Nachbarlandkreisen

Die Vorsitzende informiert, dass die Fraktion FDP - Bündnis 90/ Die Grünen - Landwirte für die Region einen Änderungsantrag vorgelegt hat.

Herr Berlin erläutert den Antrag. Er äußert, dass die Gesamtausgaben der Aufwendungen des Haushalts 2023 global um 5,0% gesenkt werden sollen. Diese 5 % beziehen sich auf die gesamten Aufwendungen. Zur Überprüfung der Einhaltung ist quartalsweise Bericht zu erstatten.

Der Landrat äußert, dass die spärlichen Rücklagen in den letzten Jahren aufgezehrt wurden. Die angedachten 5,0% belaufen sich auf eine Summe von 10 Millionen €, welche sich nicht einsparen lassen. Er führt an, dass die Einsparung von 5,0 % der Ausgaben z.B. bedeutet, dass zwischen 80 und 160 Stellen im Jahr 2023 eingespart werden müssen. Sollte dieser Antrag beschlossen werden, können Pflichtaufgaben nicht mehr ordnungsgemäß wahrgenommen werden. Er verweist auf seine vorherigen Ausführungen. Zudem teilt er mit, dass die Rechtmäßigkeit dieses Antrages geprüft werden müsste. Daher kann er diesem nicht zustimmen.

Herr Staudt erläutert ausführlich die Finanzlage des Landkreises Stendal ab 2019 inklusive der Erhöhung der Zuschüsse durch das Land Sachsen-Anhalt. Des Weiteren informiert er, dass die Kreisumlage in den Jahren 2013 - 2023 in absoluten Zahlen von 37,3 Millionen € auf geplante 55,5 Millionen €, bei abnehmender Einwohnerzahl im Landkreis. Die Kreisumlage stieg verglichen zu den Vorjahren von 2013 – 2020 lediglich um 5 Millionen €. Wohingegen die Kreisumlage seit 2020 um 13 Millionen € steigen würde, wenn dieser Beschluss so heute gefasst wird. Aufgrund dessen hat die CDU-Kreistagsfraktion folgende 4 Anträge formuliert:

1. Der Hebesatz soll nicht von 48,0% auf 47,0% gesenkt werden, sondern auf 45,0%.
2. Der Landrat soll dem Kreistag bis zum 30.09.2023 ein Personalentwicklungskonzept im Vergleich mit anderen Landkreisen vorlegen.
3. Der Landrat soll dem Kreistag bis zum 30.04.2023 eine Beschlussvorlage zukommen lassen, aus der hervorgeht, an welchen freiwilligen Aufgaben der Landkreis Stendal festhalten will.
4. Der Landrat soll dem Kreistag bis zum 30.09.2023 ein Entwicklungs- und Strategiekonzept für das BIC vorlegen.

Herr Blasche geht ausführlich auf die Haushaltssatzung ein. Er äußert, dass das aufgelaufene Defizit auf eine strukturelle Unterfinanzierung zurückzuführen ist.

Herr Dahlke führt die Schuldenentwicklung in der aktuell vorgelegten Haushaltssatzung an. Die Fraktion hält an der allgemeinen Minderung der Aufwendungen um 5,0% fest. Quartalsweise soll berichtet werden, wie weit die Kreisverwaltung mit ihren Bemühungen ist.

Herr Bausemer hält es für notwendig, dass konkrete Angaben zur Einsparung i.H.v. 5,0% gemacht werden. Eine Schaffung von weiteren Stellen sei in der aktuellen Haushaltslage nicht vertretbar.

Die AfD- Fraktion beantragt, dass der Kreistag beschließt, die vorgesehenen zusätzlichen Stellen im Sozialamt vollumfänglich gestrichen werden. Die Mitarbeiterzahl von 730 soll in 2023 festgeschrieben werden.

Herr Schulz erläutert kurz die Haushaltslage des Landkreises Stendal. Des Weiteren führt er die aktuellen Kreisumlagebeträge an. Die Aufwendungen würden sich seit 10 Jahren jährlich um 6,8 Millionen € erhöhen. Die Landesbedarfe decken nicht annähernd die Beträge, die zur Aufgabenerfüllung notwendig sind.

Er führt weiterhin an, dass er den Änderungsantrag der FDP - Bündnis 90/Die Grünen – Landwirte für die Region rechtlich nicht für zulässig hält. Globale Minderausgaben seien für Kommunen in Sachsen-Anhalt nicht erlaubt. Er zitiert aus einer Kleinen Anfrage der Landesregierung an den Bundestagsabgeordneten Olaf Meisner vom 24.10.2019.

„Die globalen Minderausgaben stellen ein finanzpolitisches Instrument zum Rahmen der Haushaltsaufstellung zur Konsolidierung eines Haushaltes mit kammeraler Systematik, wie unter anderem im Land Sachsen-Anhalt, dar. Eine analoge Praxis für Kommunen, deren Haushalt nach dem doppischen System aufzustellen ist, wäre die Festlegung eines globalen Minderaufwandes. Für eine Anwendung in den Kommunen Sachsen-Anhalts fehlt es an einer entsprechenden Rechtsgrundlage.“ Der Landrat müsste somit dem Beschluss widersprechen.

Er führt weiterhin an, dass in den Personalkosten noch Einsparmöglichkeiten vorhanden sind. Diese wurden mit der Kreisverwaltung kommuniziert und in dem Haushaltsentwurf entsprechend umgesetzt.

Weiterhin äußert er sich zum Antrag der CDU bezüglich der Kreisumlagensenkung. Die im Haushaltsentwurf aufgeführte Kreisumlage mit 47,0% sei zu hoch. Er führt aber an, dass eine Senkung auf den entsprechenden Betrag von 45,0% zur Versagung des Haushaltsentwurfes führen würde. Dies würde zur Folge haben, dass die oberen Aufsichtsbehörden eine Kürzung der freiwilligen Leistungen des Landkreises fordern. Fraglich sei, ob das gewollt wäre.

Frau Kleemann weist auf das Einwohner-Defizit des Landkreises hin, welches die geringen Einnahmen des Landkreises zur Folge hat. Weiterhin würde die Dezimierung der freiwilligen Leistungen zu einem immensen Verlust der Kultureinrichtungen usw. im Landkreis führen. Eine Kürzung im Bereich des Sozialamtes würde einen immensen Schaden produzieren, der viel stärker wäre, als mit der aktuellen finanziellen Situation zu leben. Dies gilt auch für die Investitionen bei den Kreisstraßen und in der Jugendhilfe.

Der Landrat äußert sich zum Antrag der CDU-Fraktion zur Einreichung eines Personalentwicklungskonzeptes im Vergleich mit anderen Landkreisen. Dies wird seit 2021 mit dem Kinder- und Jugendring durchgeführt. Dies soll weiter ausgebaut werden. Er weist darauf hin, dass keine Einforderung von Daten anderer Landkreise gefordert werden kann. Die Zukunft wird zeigen, wie gut dies umgesetzt werden kann.

Eine Liste zu den freiwilligen liegt seit letztem Jahr vor und wurde vor kurzem aktualisiert. Die Liste der freiwilligen Leistungen in der Jugendhilfe sei heute fertig bearbeitet worden und läge kurzzeitig vor.

Die Vorsitzende erläutert den 3. Antrag der CDU und informiert, dass es sich nicht um eine Auflistung der freiwilligen Aufgaben handelt.

Der Landrat ergänzt, dass demnach der Antrag bedeuten würde, dass er alle freiwilligen Leistungen streicht und Verträge auslaufen lässt. Dann wäre der Antrag umgesetzt.

Herr Staudt erläutert, dass der Landrat Vorschläge machen muss und dies nicht auf den Kreistag legen kann. Dann entscheidet der Kreistag, ob er diesen Vorschlägen folgen kann.

Der Landrat erwidert, dass er den Vorschlag getätigt habe. Dem Kreistag sind die aktuellen freiwilligen Leistungen bekannt und an dieser würde sich auf der Vorschlagsliste nichts ändern. Ob dies dann für möglich erachtet wird oder ob der Landkreis daran festhalten kann, läge in der Entscheidungsgewalt des Kreistages. Dies sei in der Hauptsatzung des Landkreises festgehalten. Sollte eine entsprechende Änderung erwünscht sein, sodass die Entscheidungshoheit auf den Landrat überginge, würde er sich nicht dagegen wehren.

Frau Hoppe informiert, dass nach heutiger Rücksprache mit dem Landesverwaltungsamt, davon auszugehen ist, dass der Änderungsantrag der Fraktion FDP - Bündnis 90/ Die Grünen - Landwirte für die Region hinsichtlich

einer Globalkürzung rechtlich unzulässig ist, da dieses Verfahren im KVG LSA und der KomHVO LSA nicht vorgesehen ist. Die Landeshaushaltsordnung sei nicht zugrunde zu legen.

Es dürfte ein Verstoß gegen § 9 Abs. 2 KomHVO LSA, wonach die Ansätze ganz genau nach ihrer Tatsächlichkeit zu planen sind und auf die entsprechenden Konten aufzuteilen ist, vorliegen. Des Weiteren dürfte ein Verstoß gegen § 45 Abs. 2 KVG LSA vorliegen, nach welchem die Entscheidungen über die Haushaltssatzung nicht übertragen werden können. Der Haushaltsplan ist Teil der Haushaltssatzung.

Herr Wiese stellt mit seiner Fraktion FDP – Bündnis 90/Die Grünen – Landwirte für die Region den Antrag, dass die Kreisverwaltung die 5,0% Einsparung in dem aktuellen Haushaltsplan suchen und heute nicht über den Haushalt abzustimmen und entsprechend zu verschieben. Somit Absetzung des Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Abänderung der Tagesordnung schriftlich einzureichen ist.

Herr Berlin begründet nochmals den Antrag seiner Fraktion.

Frau Braun weist den Vorwurf, dass die Fraktion die Änderungsanträge zu spät gestellt habe, zurück. Die Geschäftsordnung des Kreistages besagt, dass jede Fraktion bis zur Abstimmung einen Antrag stellen kann. Sie erläutert weiterhin, das bereits im Januar Debatten zum Haushalt stattgefunden haben. Des Weiteren wurden im Januar Anfragen an den Landrat formuliert, welche mit Datum vom 31.01.2023 beantwortet wurden.

Zudem äußert sie, dass die Minderung der Aufwendungen um 5,0% nicht im Zusammenhang mit der Höhe der Kreisumlage steht. Dies wäre jedoch aus ihrer Sicht sehr wichtig. Sie weist auf die dringende Senkung der Kreisumlage hin.

Herr Bausemer beantragt im Namen seiner Fraktion die namentliche Abstimmung für den Hauptantrag zum Haushalt.

Die Vorsitzende stimmt dem zu.

Herr Berlin beantragt im Namen seiner Fraktion die Erweiterung des Antrages von Herrn Wiese. Sie beantragen nicht die Absetzung, sondern die Vertagung des Haushaltsentwurfes einschließlich des Konsolidierungskonzeptes.

Die Vorsitzende informiert, dass bei einer Senkung der Kreisumlage den Kreistagsmitgliedern die entsprechende Auswirkung auf die Kreisverwaltung darzulegen ist.

Frau Hoppe teilt dieses Zahlenmaterial aus und erläutert die rechtlichen Beweggründe für die Höhe der Kreisumlage. Sie informiert weiterhin über die Auswirkung der Herabsetzung der Kreisumlage auf den Haushalt und das Konsolidierungskonzept.

Herr Stoll äußert sich zum Antrag der AfD-Fraktion. Er teilt mit, dass ein Großteil der Stellenbesetzung im Sozialamt bereits besetzt sind. Diese Besetzungen waren im Hinblick auf den Ukraine-Krieg seit Anfang März 2022 notwendig. Weiterhin erfolgen durch die ZAST Zuweisungen, welche sich nicht mit dem Personalstand von 2020/2021 realisieren lassen. Er prognostiziert, dass eine Unterbesetzung zu einer mangelnden Versorgung von hilfebedürftigen Menschen aus Ländern wie Syrien und Afghanistan führt.

Die Vorsitzende schließt die Diskussion und unterbricht den Kreistag für eine zeitliche Dauer von 10 Minuten.

Die Vorsitzende führt die Sitzung nach der Unterbrechung weiter.

Sie verliest die Reihenfolge der Anträge für die jeweilige Abstimmung. Sie informiert, dass wenn dem Antrag der FDP – Bündnis 90/Die Grünen – Landwirte für die Region zugestimmt wird, über alle anderen Anträge zum Haushalt heute nicht abgestimmt werden würde.

Herr Wiese zieht den Antrag auf Vertagung im Namen seiner Fraktion zurück, um die Abstimmung der anderen Anträge zu gewährleisten.

Die Vorsitzende weist auf die Reihenfolge der Abstimmung zu den Änderungsanträgen hin. Sie teilt mit, dass als Erstes die Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP – Bündnis 90/Die Grünen – Landwirte (globale Einsparung von 5%) erfolgt. Sie weist nochmals darauf hin, dass dieser Antrag rechtswidrig ist. Sollte diesem zugestimmt werden, müsste der Landrat gegen den Beschluss Widerspruch erheben. Da es keine weiteren Fragen gibt, lässt die Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Danach wird über den 1. Änderungsantrag der CDU- Fraktion (Änderung des Hebesatzes) abgestimmt, da es keine weiteren Nachfragen gibt.

Es wird im Anschluss über den Änderungsantrag der AfD- Fraktion (Streichung der zusätzlichen Stellen im Sozialamt) abgestimmt, da es keine weiteren Nachfragen gibt. Die Vorsitzende weist vor Abstimmung darauf hin, dass bei Annahme des Antrages dieser auch Auswirkungen auf den Stellenplan, welcher dem Haushalt als Anlage beigefügt ist, hat.

Danach wird über den 2. Änderungsantrag der CDU- Fraktion (Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes bis 30.09.2023) abgestimmt, da es keine weiteren Nachfragen gibt.

Im Anschluss wird über den 3. Änderungsantrag der CDU- Fraktion (Vorlage freiwilliger Leistungen bis 30.04.2023) abgestimmt, da es keine weiteren Nachfragen gibt.

Danach wird über den 4. Änderungsantrag der CDU- Fraktion (Vorlage eines Konzeptes für das BIC bis 30.09.2023) abgestimmt, da es keine weiteren Nachfragen gibt.

Nach Abstimmung der Änderungsanträge muss in der Drucksache 605/2022 (Tagesordnungspunkt 10) ein Änderungsbeschluss gefasst wird, da alle angenommenen Anträge Auswirkungen auf das Konsolidierungskonzept haben. Folglich wird die Beschlussvorlage wie Folgt formuliert:
„Der Kreistag beschließt die Weiterführung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes in Ausführung der im Kreistag beschlossenen Anträge für das Haushaltsjahr 2023. Abweichender Beschluss.“

Da es keine Fragen gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Die Vorsitzende weist - vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 10 - Herrn Bausemer auf seinen Antrag auf namentliche Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 11 hin. Sie erfragt, ob er auch auf die namentliche Abstimmung bestünde, wenn die aufgeführte Abstimmung namentlich ins Protokoll eingetragen wird.

Herr Bausemer erklärt, dass dies ausreicht.

Die Vorsitzende ruft die Drucksache 606/2022 des Tagesordnungspunktes 11 auf. Sie weist darauf hin, dass auch hier ein abweichender Beschluss besteht. In diesen werden alle vorher bestätigten Anträge mit einfließen. Sie informiert, dass die Kämmerin die Haushaltssatzung mit den neuen Zahlen entsprechend formulieren und diese zur Verfügung stellen wird.

Da es keine weiteren Nachfragen gibt, stellt sie die Beschlussvorlage mit den entsprechenden Änderungen zur Abstimmung.

Mit **Ja** stimmen folgende Mitglieder des Kreistages:

Edith Braun, Jörg Hellmuth, Bernd Prange, Verena Schlüsselburg, Klaus Schmotz, Eike Trumpf, Thomas Weise, Jürgen Emanuel, Bernd Hauke, Katrin Kunert, Herbert Luksch, Günter Rettig, Stefan Skibbe, Björn Eckhard Dahlke, Hennig von Katte von Lucke, Rüdiger Kloth, Dr. Rudolf Opitz, Carola Radtke, René Schernikau, Nico Schulz, Rosemarie Dizner, Juliane Kleemann, Peter Ludwig, Bernd Witt, Sandy Zacharias-Schulz und der Landrat Patrick Puhmann.

Mit **Nein** stimmen folgende Mitglieder des Kreistages:

Arno Bausemer, Matthias Büttner, Dietrich Gehlhar, Sandra Matzat, Andreas Siegmund, Ulrich Siegmund, Jürgen Teubner, Jürgen Zielesniak, Christel Güldenpfennig, Doreen Müller, Chris Schulenburg, Annegret Schwarz, Thomas Staudt, Edda Ahrberg, Ralf Berlin, Dr. Marcus Faber, Carmen Kalkofen, Tiemo Schönwald und Frank Wiese.

Mit **Stimmenthaltung** stimmen folgende Mitglieder des Kreistages: Mario Blasche und Kevin Schlamann.

mehrheitlich beschlossen

Ja 32 Nein 7 Enthaltung 8

**zu TOP 11 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023
Vorlage: 606/2022**

Siehe Tagesordnungspunkt 10.

mehrheitlich beschlossen

Ja 26 Nein 19 Enthaltung 2

**zu TOP Antrag Fraktion FDP-Bündnis90/Grüne-Landwirte
11.1 - Absetzung der Tagesordnungspunkte 10 und 11 -**

Zurückgezogen

abgesetzt oder zurückgezogen

**zu TOP Änderungsantrag FDP-Bündnis90/Grüne-Landwirte
11.2 - Minderung der Gesamtausgaben/Aufwendungen um 5% -**

Die Vorsitzende weist bezüglich des Antrages der FDP – Bündnis 90/Die Grünen – Landwirte für die Region, Drucksache 606/2022 darauf hin, dass dieser rechtlich unzulässig wäre und der Landrat gegen diesen Antrag eventuell Widerspruch einlegen müsste.

Da es keine Fragen gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 17 Nein 26 Enthaltung 4

**zu TOP Änderungsantrag CDU-Fraktion
11.3 - Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage auf 45 -**

Die Vorsitzende verliert den Antrag und weist nochmal auf die Auswirkungsprognose von Frau Hoppe auf den Haushalt hin.

Da es keine Fragen gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen

Ja 28 Nein 19 Enthaltung 0

**zu TOP Änderungsantrag AfD-Fraktion
11.4 - Vollumfängliche Streichung der zusätzlich geplanten Stellen im Sozialamt -**

Die Vorsitzende verliert den Antrag. Sie weist darauf hin, dass dieser Antrag Auswirkungen auf den Stellenplan als Anlage haben wird.

Da es keine Fragen gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 11 Nein 26 Enthaltung 10

zu TOP 11.5 **Antrag CDU-Fraktion**
- Vorlegen eines Personalentwicklungskonzeptes -

Die Vorsitzende verliest den Antrag.

Da keine Fragen gestellt werden, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen **Ja 35 Nein 9 Enthaltung 3**

zu TOP 11.6 **Antrag CDU-Fraktion**
- Erstellen einer Vorlage, an welchen freiwilligen Leistungen der Landkreis ab 2023 festhalten kann -

Der Vorsitzende verliest den Antrag.

Da es keine Fragen gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen **Ja 27 Nein 18 Enthaltung 2**

zu TOP 11.7 **Antrag CDU-Fraktion**
- Erstellen eines Entwicklungs- und Strategiekonzeptes für das BIC -

Die Vorsitzende verliest den Antrag.

Da es keine Fragen gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen **Ja 36 Nein 6 Enthaltung 5**

zu TOP 12 **Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche**
Vorlage: 617/2023

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Da es keine Fragen gibt, wird die Satzung zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen **Ja 34 Nein 0 Enthaltung 10**

zu TOP 13 **Satzung zur Beleihung von praktizierenden Tierärzten und Fleischkontrolleuren für die Schlachttier-, Fleisch- und Trichinenuntersuchung**
Vorlage: 604/2022

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Bausemer erfragt, ob dies einen Durchlaufposten darstellt. Er fragt nach, ob dies dann den Schlachtern in Rechnung gestellt wird oder dem Landkreis dadurch Mehrkosten entstehen.

Herr Löttsch verweist auf die Satzung. Die beliebigen Personen würden im Rahmen der geltenden Gebührenordnung selbst abrechnen. Es entstünden daraus keine Kosten für den Landkreis Stendal.

Da es keine weiteren Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

zu TOP 14 **Abstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern für die Jahre 2024 - 2026**

Vorlage: 625/2023

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Da es keine Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen

Ja 42 Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 15 Kosten Beräumung Losse
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 609/2022**

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Sie bittet um die Beachtung der Austauschvorlage. Die Fachausschüsse hätten diese Vorlage zur Kenntnis genommen.

Herr Bausemer stellt einen Antrag zu dieser Mitteilungsvorlage.

Die Vorsitzende teilt mit, dass dies weder durch die Geschäftsordnung des Kreistages noch durch die Hauptsatzung oder durch das KVG LSA zulässig wäre. Ein Antrag wäre in gesonderter Form in kommenden Kreistagsitzungen zu stellen. Eine Äußerung ist jedoch möglich.

Herr Bausemer bittet, dies im Protokoll festzuhalten. Er habe sich zuvor bei der Stadt Stendal rückversichert und diese sicherte zu, dass ein solcher Antrag möglich wäre. Er halte daher die Begründung der Vorsitzenden für nicht vertretbar. Ein Vergleich mit den Marktplatzverschmutzungen ist an dieser Stelle nicht möglich. Weiterhin für das Rechtsempfinden der Bevölkerung an. Er werde, falls die Aussage der Vorsitzenden stimmt, mit seiner Fraktion beim nächsten Mal einen Antrag stellen.

Der Landrat erläutert, dass der damalige Antrag ein Prüfauftrag war, welcher auch bearbeitet wurde. Da, nach Prüfung der Unterlagen, bei diesem Verfahren keine Aussicht auf Erfolg besteht, wurde das Verfahren aus Kostenersparnis eingestellt. Die Gründe können der Mitteilungsvorlage entnommen werden.

Herr Bausemer erläutert, dass der damalige Prüfauftrag eine Arbeitsanweisung dargestellt habe. Dem Antrag wurde damals zugestimmt und es erfolgte kein Widerspruch den Landrat, sodass der Antrag heute noch im Raum stehe. Somit muss der Landrat diesen Antrag umsetzen.

Frau Braun stimmt dem Ansinnen des Herrn Bausemer zu. Sie bittet darum ihre Äußerungen wortwörtlich ins Protokoll aufzunehmen:

„Wenn ich einen Auftrag erteile, Herr Landrat, und ich gehe auf ein Privatgelände, um Abfall und Müll zu entsorgen, dann mache ich mit meiner Rechtsabteilung, mit der Kommunalaufsicht und alles, was ich hier im Haus habe (die über 700 Stellen), eine Beratung und lass mich aufklären, wie hoch die Kosten sind und ob und in welcher Form diese Kosten dem Verursacher in Rechnung gestellt werden können.

Die Sache mit dem Stendaler Marktplatz müsste eigentlich das Alarmzeichen gewesen sein. Das hätte ich Ihnen auch sagen können ohne Rechtsanwalt zu sein. Wenn ich nicht ganz genau mit Foto und mit Zeugen eine Person oder mehrere nachweislich belasten kann, dann ist alles erfolglos, das stand auch in den Medien. Und deshalb muss ich sagen, war das sehr leichtsinnig. Für mich war das auch eine Aktion des populistischen Verhaltens, weil das gut ankommt, wenn man nun fremdes Eigentum beräumt. Im Gegenzug sage ich Ihnen, bei mir in der Gemarkung Groß Schwarzlosen liegen mindestens zwanzigmal so viel Abfall und ich habe schon seit drei Jahren darum gebeten, dass die Wasserlöcher, die Biotope in unserer Feldmark beräumt werden. Bis heute ist nichts passiert. In diesem Fall wünsche ich mir dann genauso Ihre Initiative wie in diesem Fall. Vielen Dank.“

Der Landrat weist darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt Waldbrandstufe 5 geherrscht hätte und der Müll nicht hätte liegen bleiben können. Mit dem Müll wurde so verfahren, als sei dieser illegal abgeladen worden. Eine Zuordnung wer den Müll dort abgelagert hat, war trotz Ermittlungen nicht möglich. Es werde daher seitens der Verwaltung zu keinem Klageverfahren kommen. Dies kann durch den Kreistag aber auch anders beschlossen werden. Die Beräumung habe in dem Fall wegen Brandgefahr im Verzug stattgefunden.

Herr von Katte von Lucke bittet noch einmal um die Überprüfung der Sachlage. Dass Verfahren der Stadt Stendal zu diesem sei zwar ähnlich, jedoch nicht gleich.
Da keine weiteren Fragen gestellt werden wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 16 Tarifierpassung der stendalbus GmbH
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 618/2023**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Es gibt keine Fragen, sodass der Tagesordnungspunkt geschlossen wird.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 17 Kreisentwicklungskonzept Landkreis Stendal 2030
Vorlage: 615/2023**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Lötsch erläutert das Kreisentwicklungskonzept und die Änderungen.

Herr Michaelis berichtet über den vergangenen Verlauf des Konzeptes. Weiterhin geht er auf die Stellungnahmen und die schlechte Finanzlage der Kommunen ein. Diese wurden im neuen Kreisentwicklungskonzept berücksichtigt.

Da es keine Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 18 Integrationsrahmenplan des Landkreises Stendal
Vorlage: 616/2023**

abgesetzt

abgesetzt oder zurückgezogen

**zu TOP 19 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Landrat
Vorlage: 614/2023**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Stoll äußert sich kurz zur Dienstaufsichtsbeschwerde.

Es werden keine Fragen gestellt. Daher lässt die Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 25 Nein 8 Enthaltung 7

**zu TOP 20 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Landrat
Vorlage: 627/2023**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Es werden keine Fragen gestellt. Daher stellt die Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich beschlossen

Ja 27 Nein 8 Enthaltung 6

**zu TOP 21 Aktuelle Debatte - Rekommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge
- Antrag der Fraktion DIE LINKE -**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Frau Kunert stellt ausführlich die durch ihre Fraktion aktuelle Debatte vor. Im Anschluss kündigt sie an, dass ihre Fraktion im nächsten Kreistag einen entsprechenden Antrag zur Beschlussfassung einbringen wird.

Herr Lötsch stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die aktuelle Sicht der Verwaltung dar. Diese liegen der Niederschrift bei und sind unter dem Tagesordnungspunkt im Sitzungsdienstprogramm eingestellt.

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

**zu TOP 22 Aktuelle Debatte - Zuwanderung begrenzen, Probleme mit Nachdruck lösen
- Antrag der AfD-Fraktion -**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Bausemer erläutert den Antrag zur aktuellen Debatte ausführlich.

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu TOP 23 Anfragen und Anregungen

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr U. Siegmund äußert, dass ihm aufgefallen ist, dass Landrat Puhmann eine ziemlich umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit mit seinem Amtsantritt ausgebaut hat. Zwei Vollzeitstellen für den Bereich Social Media und Pressearbeit sind besetzt. Bis vor einiger Zeit wurde bei jedem Post des Landrates auf der Facebook-Seite des Landkreises ein Copyright-Zeichen eingefügt. Eines Tages ist dort mehrfach der Name Kenny Lee Richter aufgetaucht. Dieser ist eigentlich der Hauptmitarbeiter bei Frau Kleemann im SPD-Büro des Landtages Sachsen-Anhalt. Er möchte daher fragen, ob der Landkreis Stendal Mittel in die Hand genommen hat, um den Mitarbeiter von Frau Kleemann mitzufinanzieren.

Der Landrat äußert, dass der Landkreis kein Geld in die Hand genommen hat, um diese Beiträge zu finanzieren. In diesem Fall war es einfach günstiger, statt den eigenen Mitarbeiter mitzunehmen, dass Herr Kenny Lee Richter uns kostenlos diese Fotos zur Verfügung gestellt hat. Aus diesem Grund haben wir auf eine Mitnahme

eines Mitarbeiters und damit zusätzliche Arbeitsstunden für den Landkreis verzichtet. Herr Richter war nicht im Auftrag von Frau Kleemann unterwegs, sondern in meinem Auftrag, von mir persönlich privat bezahlt. Dem Landkreis sind somit keine Kosten entstanden.

Herr U. Siegmund fragt: Wenn Sie zwei Vollzeitstellen für Ihre Öffentlichkeitsarbeit beschäftigen und trotzdem noch ein SPD-Mitglied privat bezahlen, wäre es dann nicht an der Zeit im Stellenplan etwas zu verändern und einzusparen?

Der Landrat antwortet, dass er den Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit nicht nachvollziehen kann, da die Stellen nicht neu sind. Es gab keinen Ausbau auf zwei Stellen. Es haben bisher drei Mitarbeiter diese Aufgabe übernommen, jetzt ist die Arbeit auf zwei Mitarbeiter verteilt. Er versteht zudem nicht, was seine privaten Angelegenheiten den Kreistag angehen. Einen Antrag zum Stellenplan hätte man heute zur Haushaltsberatung stellen können.

Herr Bausemer erläutert, dass der Landrat eine Aufforderung erhalten habe, die Kosten für die Räumung des Losser Forsts juristisch durchzusetzen. In voran gegangener Diskussion habe er erläutert, dass es eine solche Aufforderung nicht gäbe. Herr Bausemer fragt nun, was zutrifft.

Der Landrat sichert eine schriftliche Rückmeldung zu.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Die Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt und damit den Teil der öffentlichen Sitzung.